

Investitionen sollen sich lohnen



Weil der Slogan „Leistung muss sich wieder lohnen“ bereits 1982 zu politischem Erfolg führte, wird er immer wieder ins Spiel gebracht. Gewürzt mit Vorwürfen wie „das Sozialsystem brauche mehr Treffsicherheit“ gegen jene, die nicht arbeiten wollen, wird Stimmung gemacht wie in alten Propagandazeiten. Dabei ist dem Wahrheitsministerium, das diese Bilder gerne unters Volk bringt, durchaus bewusst, dass dies so gar nicht den Tatsachen in der Arbeitswelt entspricht.

Damit es nicht wieder „knallt“ (Edzard Reuter) sollten wir präventiv unsere Stimmen erheben und **aufzeigen, was sich lohnen sollte**: Investitionen **in eine nachhaltig gerechtere Gesellschaft**, wie sie uns zB in Schweden vorgelebt wird. Dazu bedarf es starker Menschen in Politik, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, die mit geeinten Kräften an gesellschaftlich sinnvollen Projekten arbeiten, um den Feinden unserer bunten und freien Gesellschaften die Stirn zu bieten und sich vehement für Vollbeschäftigung einsetzen.

ANTHONY B. ATKINSON

Spielräume der Gegenmacht



UNGLEICHHEIT

WAS WIR DAGEGEN
TUN KÖNNEN



Der politische Kampf gegen Ungleichheit und Armut lässt sich nicht an ein Ministerium, eine Direktion der Europäischen Kommission oder eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen delegieren. ...

Nach meiner Ansicht braucht eine solche Körperschaft eine breit gestreute Mitgliedschaft, die die Beteiligten repräsentiert und dafür sorgt, dass die Interessen aller – Arbeiter, Verbraucher, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmer – hinreichend berücksichtigt werden. Diese Körperschaft kann den dringend erforderlichen „nationalen Diskurs“ über nationale Ziele in die Wege leiten – beispielsweise über beschäftigungspolitische Zielsetzungen. (S 392 f)

Letztlich entscheiden Persönlichkeiten darüber, ob die vorgebrachten Vorschläge verwirklicht und die Ideen weiterverfolgt werden. Dazu werden sie indirekt in ihrer Eigenschaft als Wähler beitragen und ihren Einfluss, was heute vielleicht noch wichtiger ist, als Lobbyisten in Bürgerinitiativen und den sozialen Medien geltend machen. Dort bilden sie eine Gegenmacht zu den bezahlten Mitgliedern der professionellen Lobbyistenzunft. (S 394)